

Niederschrift

über die 11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.02.2004
im Großen Sitzungssaal, Rathaus, Fünferplatz 2, 2. Stock

I. Öffentlich

Vorsitzender: Herr BM Förther

Anwesend: Herr StR Bielmeier
Frau StRin Buchsbaum
Frau StRin Thoma
Frau StRin Tandler
Frau StRin Arabackj
Frau StRin Blumenstetter
Frau StRin Soldner
Frau StRin Wild
Frau berufsm. StRin Mielenz
Herr Dr. Wagner
Herr Reimüller
Herr Ellrott
Frau Hirschmann
Frau Scherer
Herr Schlögl
Herr Stephan Doll
Herr Hektor
Frau Benari
Frau Fischer
Frau Stein
Herr Werkshage
Frau Löhner
Frau Krauß
Frau Walther-Werthner
Herr Höfer
Herr Mletzko
Herr Voss
Herr Ederer

Sonstige Teilnehm.: Herr Lang/Berufl. Schulen
Herr Knerr/Jugendamt

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 17.00 Uhr

Schriftführerin: Frau Legler

I. Öffentlich

Der Vorsitzende

00.21

eröffnet die 11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er gibt bekannt, dass auf Vorschlag der Verwaltung des Jugendamtes die Beantwortung der Anfrage der CSU-Fraktion zum Thema „Erziehungshilfe“ als Punkt 6a in die Tagesordnung aufgenommen wird.

Punkt 1: Aktuelle Ausbildungssituation für Jugendliche in Nürnberg **hier: Verbleib der nicht vermittelten Jugendlichen**

Frau Scherer

01.14

nimmt ausführlich zu der Ausbildungssituation der Jugendlichen in Nürnberg Stellung.

Da das statistische Beratungsjahr vom 01. Oktober bis 30. September rechnet, also hier vom 1.10.2002 bis 30.09.2003, beziehen sich alle Aussagen auf diesen Zeitraum. Ein Ausblick auf die aktuelle Lehrstellensituation kann nach einer bundesweiten Regelung erst ab April erfolgen, erst dann gibt es trendstabile Zahlen zu den Bewerber- und Stellenentwicklungen auf dem Lehrstellenmarkt. Diese Daten werden im Rahmen einer Ausbildungskonferenz, die im April geplant ist, bekannt gegeben.

Sie erklärt, dass die Stellenentwicklung im abgelaufenen Beratungsjahr, wie auch in den Jahren zuvor leider rückläufig sei. Im Hauptamt Nürnberg gab es einen Stellenrückgang um etwa 470, ein überdurchschnittlicher Rückgang im Vergleich zum Gesamtbezirk Fürth, Erlangen, Schwabach, Lauf, wo der Rückgang insgesamt bei 560 Stellen lag. Der Stellenrückgang traf nicht nur traditionelle Berufe, sondern auch die IT-Berufe, in die viel Hoffnung gesetzt wurde. Dem gegenüber steht eine Bewerberzunahme bedingt durch eine hohe Zahl von Schulabgängern.

Sie betont, dass die nicht vermittelbaren Jugendlichen zunehmend über einen guten Abschluss verfügen, immer mehr mit Quali und auch einen ordentlichen Hauptschulabschluss oder gar die mittlere Reife besitzen. Ein überdurchschnittlicher Anteil bei den nicht vermittelten Jugendlichen sind ausländischer Herkunft, die häufig auch noch sprachliche Defizite haben. Sie macht deutlich, dass wir in Nürnberg, im Vergleich zu anderen Bayer. Regionen ein ganz großes Problem mit nicht vermittelten Bewerbern haben und hier insbesondere mit Abgängern von Hauptschulen, insbesondere auch mit Migrant*innenjugendlichen. Sie bittet, weiterhin wie bisher gemeinsam im Interesse der Jugendlichen etwas zu tun.

Herr Lang

18.18

verweist ebenfalls auf die dramatische Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt.

Das Angebot an Ersatzmaßnahmen und vollschulischen Ausbildungsmaßnahmen wurde aufgrund der Intervention des Herrn OBM und des Stadtrates gesteigert.

Er gibt nähere Erläuterungen zu den Zahlen und Vorqualifikationen der Schülerinnen und Schüler, die entweder ein Berufsvorbereitungsjahr oder eine Berufsfachschule besuchen.

Er betont, dass es auch Jugendlichen mit guter Vorqualifikation nur schwer möglich ist, einen Ausbildungsplatz zu finden.

Er betont weiterhin, dass die Hauptproblemgruppe der nicht vermittelten Jugendlichen Abgänger von Hauptschulen sei.

Die Berufsfachschule als vollschulische Ausbildung wird verstärkt benötigt, um eine Ersatzfunktion in der Ausbildung der Jugendlichen einzunehmen.

Frau StRin Arabackyj

28.48

betont, die Bemühungen der Bundesregierung zu unterstützen, die Ausbildungsabgabe einzuführen, solange die Betriebe nicht der Selbstverpflichtung nachkommen und genügend Ausbildungsplätze bereitstellen. Es könnte eine Lösung sein, damit für die Jugendlichen etwas passiert.

Fragt nach Zahlen der Jugendlichen, die nicht als Bewerber gelten, weil sie keinen Hauptschulabschluss haben.

Herr StR Bielmeier 29.50

findet die Situation ebenfalls sehr dramatisch.

Er sieht das Problem aber nicht in einem Mangel an Ausbildungsplätzen, sondern in dem Mangel an Arbeit. Er ist der Meinung, dass Betriebe auch nur dann ausbilden, wenn sie die Auszubildenden später auch beschäftigen können.

Möchte wissen, wo die Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss bleiben bzw. was mit ihnen passiert.

Herr Doll (KJR) 31.38

ist sehr dankbar für die sehr deutlichen Zahlen und die gemeinsame Einschätzung.

Lobt ausdrücklich die Stadt Nürnberg, die sich in schwierigen Zeiten ihrer Verantwortung stellt und würde es sehr begrüßen, wenn sich auch die Mehrzahl der Arbeitgeber dieser Verantwortung stellen würden.

Betont, dass jeder Jugendliche, der eine Ausbildung hat auf dem Arbeitsmarkt bessere Chancen hat.

Frau Scherer 34.42

gibt Antwort auf die Fragen.

Im Moment gibt es ca. 800 noch nicht ausbildungsgerechte Jugendliche, davon auch eine erhebliche Zahl ohne Hauptschulabschluss. Diese befinden sich in Maßnahmen bzw.

Lehrgängen zur Verbesserung der Eingliederungschancen, die speziell für solche noch nicht ausbildungsgerechten Jugendlichen auch ohne Hauptschulabschluss eingerichtet wurden.

Sie gibt auch bekannt, dass es anhand von Zahlen des Statistischen Amtes von vor einem Jahr das Ergebnis gab, dass von 350 Hauptschülern in solchen Lehrgängen 270 erfolgreich den Hauptschulabschluss binnen Jahresfrist in den Maßnahmen nachholen konnten.

Frau StRin Mielenz 40.41

bittet vor allem auch die Bundesagentur, nicht nur auf kurzfristige Programme zu setzen, die schnell vorbei sind und wo man vielleicht gerade noch ein Bewerbungstraining hat. Man sollte gerade auch für diese Jugendlichen auf die Berufsausbildung in anerkannten

Ausbildungsberufen setzen, auch wenn Hauptschulabschlüsse gar nicht da sind. Mit etwas Zeit und etwas Geduld können durchaus Ausbildungsabschlüsse erreicht werden, incl. Schulabschluss.

Der Vorsitzende 45.05

Der Bericht hat zur Kenntnis gedient.

Punkt 3: Lebenswelt Konflikt – Konstruktives Umgehen mit Gewalt und Aggression

Ein Fortbildungsprojekt des Jugendamtes der Stadt Nürnberg

(Dieser Punkt wurde versehentlich als TOP 2 vorgetragen).

Herr Dr. Wagner 47.02

erläutert den Grund und das Zustandekommen dieses Fortbildungsprojektes.

Herr Knerr 51.12

stellt den Bericht vor.

Frau StRin Soldner 1.01.45

findet es ganz wichtig, dass man sehr früh anfängt, sich ausdrücken zu können, zum einen vom sprachlichen her und zum anderen, um Ängste und Aggressionen auch in Worten ausdrücken zu können.

Findet es ebenfalls ganz wichtig, dass Erzieher und Pädagogen mit dem Problem Gewalt bei den Kindern, gerade auch in Brennpunktstadtteilen nicht alleine gelassen werden.

Sie begrüßt die angestrebte verstärkte Zusammenarbeit von freien Trägern, offenen Einrichtungen und Schulen in den Stadtteilen.

Sie bedankt sich im Namen ihrer Fraktion für den ausführlichen Bericht und wünscht dem Projekt weiterhin viel Erfolg.

Frau StRin Tandler

1.04.32

bedankt sich für den mündlichen und schriftlichen Bericht.

Sie betrachtet auch im Namen ihrer Fraktion das Projekt für die Fachkräfte im Umgang mit den problematischen Kindern als ganz besonders wichtig. Ein weiterer wichtiger Punkt für sie ist, dass die Aktion Lebensweltkonflikt nicht nur kurzzeitig ist, sondern die Fachkräfte über ein Schuljahr bzw. Arbeitsjahr begleitet.

Sie wünscht weiterhin viel Erfolg und hofft, dass das Projekt fortgeführt und ausgeweitet wird.

Der Vorsitzende

1.05.10

Der Bericht hat zur Kenntnis gedient.

Punkt 2: Erziehungsberatung in Nürnberg

hier: Bericht der Verwaltung des Jugendamtes in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Erziehungsberatung in Nürnberg

Herr Dr. Wagner

1.06.25

erläutert die Vorlage.

Vor über 2 Jahren wurde ein Bericht der Erziehungsberatungsstellen erstellt: Dieser wurde mit einem Maßnahmenkatalog, der umgesetzt werden sollte, im JHA zur Diskussion gestellt. Zur Erarbeitung dieses Berichtes wurde eine Arbeitsgemeinschaft aus Caritas Langwasser, Caritas Tucherstraße, Stadtmission Beratungsstelle und Beratungsstelle des Jugendamtes gebildet. Die Verwaltung des Jugendamtes kam nun nach Ablauf von 2 1/2 Jahren zu der Meinung, einen Sachstandsbericht vorzulegen, wie die Aufträge, die der JHA damals beschlossen hat umgesetzt worden sind.

Herr Werkshage

1.08.18

berichtet für das Team aller Beratungsstellen.

Frau StRin Blumenstetter

1.24.24

dankt der Arbeitsgemeinschaft der Erziehungsberatungsstellen für die Umsetzung der Maßnahmen und für den ausführlichen Bericht. Sie würde es sehr begrüßen, wenn dann auch die Südstadt dezentral mit einer EB versorgt werden könnte.

Frau StRin Tandler

1.25.43

bedankt sich im Namen ihrer Fraktion für den ausführlichen schriftlichen und mündlichen Bericht.

Sie möchte wissen, wie die Altersstruktur der Kinder bei den im Jahr 2002 bearbeiteten 4028 Fällen ist.

Der Vorsitzende

1.26.03

sagt zu, dass die Zahlen für alle Beratungsstellen nachgeliefert werden.

Der Bericht hat zur Kenntnis gedient.

Punkt 4: Entwicklung des Platzangebotes in Kindertagesstätten
hier: Schaffung neuer Krippenplätze

Herr Reimüller

1.27.05

weist darauf hin, dass es mit der Einführung der kind- und platzbezogenen Förderung von Krippen durch den Freistaat Bayern politischer Wille des Stadtrates und des Oberbürgermeisters war, das Platzangebot an Krippenplätzen in Nürnberg wesentlich zu verbessern und zu erweitern.

Erklärt, dass die Verwaltung des Jugendamtes mit der Vorlage über den jetzigen Stand des Ausbauprogrammes informieren will.

Er bittet zuzustimmen, dass für die Kinderkrippe Neunhof, die ab Mai im freiwerdenden Verwaltungsamt geschaffen werden kann, die Betriebsträgerschaft dem Kinderhaus e.V. übertragen wird.

Frau StRin Blumenstetter

1.30.13

Freut sich, dass in 1 ½ Jahren 59 neue Plätze geschaffen wurden.

Findet es insgesamt eine gute Entwicklung, was an vorhandenen Konzepten und Planungen vorliegt.

Sie stimmt im Namen ihrer Fraktion dem Beschluss zu.

Herr StR Bielmeier

1.31.49

findet die Versorgungsquote von 4,94 % im Jahr 2006 nicht schlecht, auch wenn die angestrebte Versorgungsquote bei 7 % liegt.

Er hält es für sinnvoll, für die nächsten Jahre hier noch einmal eine genauere Prioritätenliste aufzustellen, um im Laufe der Zeit einmal sagen zu können, in welchen Stadtteilen der Bedarf am größten und am dringendsten ist.

Er schließt sich ebenfalls dem Beschluss an.

Der Vorsitzende

1.36.21

lässt über den Beschluss abstimmen. Er wird ohne Gegenstimmen einstimmig beschlossen.

Beschluss: siehe Beilage

Punkt 5: Beabsichtigte Kürzungen der Bayer. Staatsregierung im Nachtrags-
haushalt für den Bayer. Jugendring (BJR)

Herr Doll (KJR)

1.37.11

erläutert die Vorlage und betont nochmals die dramatischen Folgen der Einsparungen in der Jugendarbeit, sowohl in der verbandlichen, wie auch in der kommunalen Jugendarbeit.

Er bittet um Unterstützung des Antrages des Kreisjugendringes.

Herr StR Bielmeier

1.39.47

unterstützt im Namen seiner Fraktion den Antrag des Kreisjugendringes.

Er bittet, den dritten Absatz der Beschlussvorlage dahingehend zu ändern, dass es dann heißt „die außerschulische Jugendarbeit muss in erheblichem Maße zurückgenommen werden.“

Der Vorsitzende

1.40.02

lässt über den Antrag und den Zusatzantrag abstimmen. Beide werden ohne Gegenstimmen angenommen.

Beschluss: siehe Beilage

**Punkt 6: Beabsichtigte Kürzungen der Bayer. Staatsregierung im Nachtrags-
haushalt für die Jugendhilfe im Bayer. Staatsministerium für Arbeit
und Sozialordnung, Familie und Frauen und im Staatsministerium
für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz/Bereich Gesundheit**

Frau StRin Mielenz 1.42.02
erklärt, dass es sich immer noch um beabsichtigte Kürzungen handelt, deren genauen
Entscheidungszustand man noch nicht erkennen kann.
Sie betont, die Menge an Einsparungen, die dahintersteckt werde uns sicher alle betreffen,
deshalb kann es jetzt allenfalls nur eine vorläufige Kenntnisnahme sein.

Herr Dr. Wagner 1.42.44
betont, dass die Aussagen zu den beabsichtigten Kürzungen in der Vorlage nur selektiv und
vage seien, da von den Ministerien auf weitere Nachfrage keine näheren Aussagen zu
bekommen waren.

Der Vorsitzende 1.43.43
Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 6a: Erziehungshilfe
Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 08.01.2004

Frau StRin Mielenz 1.44.04
gibt die Vorlage zur Kenntnis; sie wurde auf die Bitte des Rechtsdirektoriums eingebracht.

Frau StRin Tandler 1.44.50
gibt sich mit den Aussagen in der Vorlage nicht ganz zufrieden und bittet um nochmaligen
Abgleich zwischen den Kassendaten und der Bußgelddatenbank. Sie ist der Meinung, dass es
möglich sein müsste festzustellen, wer arbeitet und wer das Bußgeld zahlt.
Sie bittet mit der Kämmerei zu prüfen, ob die Gelder, die durch die Arbeit der KoGA
erwirtschaftet werden, nicht doch dem Projekt zufließen können.

Herr Dr. Wagner 1.46.22
erklärt, dass mit der Kämmerei Gespräche geführt werden.
Er sagt zu, über das Ergebnis der Gespräche wieder Bescheid zu geben.

Der Vorsitzende 1.47.55
sagt zu, dass eine Klärung wegen des Datenabgleiches noch einmal erfolgen wird.
Ebenso wird noch einmal über den Vorschlag berichtet werden, dass die Mittel zweckgebunden
den Projekten zufließen sollen.

Herr Ellrott 1.48.26
bedankt sich für die Anfrage und die schnelle Antwort, da das Jugendgericht auch sehr an
diesen Zahlen interessiert ist.

Herr Dr. Wagner 1.51.00
betont ausdrücklich, dass es nicht um die Existenz des Treffpunkt e.V. geht, diese ist gesichert.
Die Bußgelder dienen der Finanzierung einer halben Planstelle, die durch die zunehmende
Mehrarbeit des Treffpunkt e.V. notwendig geworden ist.

Der Vorsitzende 1.52.06
Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 7: Mitteilungen

Herr Dr. Wagner 1.52.23
gibt zur Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion vom 10.02.2004 zum Jugendunterstellplatz Langwasser bekannt, dass es nach Abschluss der noch laufenden Verhandlungen einen abschließenden schriftlichen Bericht geben wird.

1a. Auflagen

Der Vorsitzende 1.54.11
Die Niederschrift über die 10. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 18.12.2003 wird einstimmig genehmigt.

Beschluss: siehe Beilage

Der Vorsitzende
schließt die Sitzung um 17.00 Uhr.

Der Vorsitzende

Förther
Bürgermeister

Mielenz
Berufsm. Stadträtin

Legler
Schriftführerin